



© Jörg Carstensen/dpa

Tagesspiegel Plus

Klagedrohung gegen Berliner Flüchtlingsunterkunft: Umweltverbände widersprechen Baufreigabe – Behörde reagiert

Naturschützer lehnen die geplante Genehmigung für das umstrittene Gesobau-Projekt in Pankow ab. Der Artenschutz sei „viel zu oberflächlich“ umgesetzt worden. Was macht das Bezirksamt nun?

Von Christian Hönicke, 13.11.24, 12:54 Uhr

Der Widerstand gegen die Geflüchtetenunterkunft in Berlin-Pankow geht weiter: Drei Umweltverbände stellen sich vehement gegen die geplante Freigabe für den Neubau am Schlosspark Schönhausen durch das Bezirksamt. Wie reagieren nun die Behörden?

Wohnungen für Flüchtlinge Behörden geben grünes Licht für umkämpftes Bauprojekt

Für die Freigabe des Bauvorhabens „besteht derzeit keine Berechtigung“, teilen die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der Anwohnerinitiative „Grüner Kiez Pankow“ mit. „Daher haben die Umweltverbände BUND Berlin, NaturFreunde Berlin und die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz dieses Wochenende gemeinsam eine ablehnende Stellungnahme gegen die beabsichtigte artenschutzrechtliche Freigabe durch die Naturschutzbehörde des Bezirksamts eingelegt.“

Das Bezirksamt teilte auf Tagesspiegel-Anfrage mit, den Widerspruch erhalten zu haben. „Die Stellungnahme der Umweltverbände wird aktuell im Bezirksamt geprüft“, erklärte ein Sprecher der zuständigen Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU). Der Sprecher betonte, bisher seien noch „keine Maßnahmen (Baumfällungen, Vegetationsbeseitigungen, Pflegeschnitte) vonseiten des Umwelt- und Naturschutzamtes genehmigt worden“.

Allerdings ist dies vorgesehen. Zwar hatte Pankows Umwelt- und Naturschutzamt die nötige Rodung von Bäumen und Sträuchern im Oktober 2023 gestoppt. Durch die Fällungen seien geschützte Vogel- und Fledermausarten gefährdet – darunter der Große Abendsegler, die Zwergfledermaus, die Mückenfledermaus und die Breitflügelfledermaus. Auch das Obergericht Berlin-Brandenburg sah „berechtigte Zweifel“ daran, dass die Ausgleichsmaßnahmen der Gesobau ausreichend sind.

Doch nun soll nach einem Jahr Stillstand losgebaut werden. Der Tagesspiegel hatte in der vergangenen Woche exklusiv berichtet, dass das Pankower Umwelt- und Naturschutzamt alle Anforderungen an den Natur- und Artenschutz seitens der Gesobau als erfüllt ansieht. Die bauvorbereitenden Rodungen von Bäumen und Sträuchern sollen daher genehmigt werden.

Dem Tagesspiegel liegt der Entwurf des entsprechenden Genehmigungsschreibens der Pankower Naturschutzbehörde vor. Dessen Quintessenz lautet: „Das Vorhaben wird naturschutzfachlich zugelassen.“ Die Rodungsarbeiten könnten nun beginnen, da „ein abgestimmtes Konzept zur Lösung der artenschutzrechtlichen Thematiken vorliegt“. Alle Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzamts wurden demnach erfüllt.



So sollen die nachverdichteten Gesobau-Innenhöfe in der Kavalierrstraße am Schlosspark Schönhausen aussehen.
© Gesobau/Zoomarchitekten Berlin

Damit würden sich der Senat und die landeseigene Gesobau durchsetzen – dem umstrittenen Bau der 99 Wohnungen für 422 Menschen stünde nichts mehr im Weg.

Ob das Amt auf den Widerspruch der Naturschutzverbände eingehen und weitere Nachforderungen an die Gesobau stellen oder die Freigabe dennoch erteilen wird, dazu „kann zu diesem Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden“, so der Sprecher der Stadträtin.

Nach Ansicht der Umweltschützer ist der Artenschutz „immer noch nicht ausreichend berücksichtigt“. Der Grund: Die Untersuchungen der Gesobau seien „viel zu oberflächlich“ und „erfassen nicht alle auf dem Areal vorkommenden Tier- und Pflanzenarten“. Zudem seien in den Ausgleichsberechnungen für den Wegfall des Grüns in den Höfen „unerlaubt Gartenflächen von privaten Eigentümern mitberücksichtigt“ worden. Und: „Die bisher stattgefundenen Ausgleichspflanzungen sind noch sehr jung und bei weitem keine Ersatzhabitate für die vorkommenden Vogelpopulationen.“

Laut Britta Krehl, Sprecherin der Bürgerinitiative „Grüner Kiez Pankow“, seien lediglich Sträucher mit „dürren Ästchen“ neu gepflanzt worden: „Niemand kann verstehen, dass diese wenigen magersüchtigen Pflanzungen die 60 alten, großen Bäume und die ebenso alten, dicht gewachsenen, mannshohen Buschhabitate ersetzen sollen, für die eine Rodung geplant ist.“ In diese „spillerigen Sträucher“ werde kaum ein Vogel einziehen.

Im Falle einer amtlichen Freigabe drohen die drei Verbände mit Klagen: „Die Umweltverbände werden weitere juristische Maßnahmen prüfen lassen, sollte die Genehmigung laut aktuellem Stand erteilt werden.“ Uwe Hirsch vom Verein NaturFreunde Deutschland zieht Parallelen zur jüngsten Senats-Blamage am Jahn-Stadion, wo unzulängliche Ausgleichsmaßnahmen zum Abriss-Stopp geführt haben. „Die Naturschutzverbände erwarten deshalb vom Bauherrn, dass endlich alle notwendigen Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden“, so Hirsch. „Bevor diese wirksam werden, ist eine konkrete Umsetzung der Planungen nicht mit dem Artenschutz vereinbar.“

Die Verbände forderten Politik und Behörden erneut auf, „die weniger zerstörerische und artenfreundliche Kompromissvariante des bezirklichen B-Plans umzusetzen“. Anwohner und Lokalpolitik schlugen als Kompromiss den Bau von nur etwa 70 Wohnungen durch Aufstockungen der bestehenden Gebäude vor. Dabei würden nur 14 statt 60 Bäume gefällt.